Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
Bezugspreis: monatlich frei Haus Mark 2.—
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen
mit den Beilagen: „Ratgeber des Landmannes" und „Breisgauer Sonntagsblatt"
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim Waldkirch und am Kaiserstuhl

Anzeigenpreis:
die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., die Reklamezeile 75 Pfg., bei öfterer Aufnahme Rabatt. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 10.— Mark ohne Postgebühren

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen / Fernsprecher: Emmendingen 303, Freiburg 1392
Geschäftsstelle: Karlfriedrichstraße 11 / Postscheck-Konto Nr. 7382 Amt Karlsruhe

Nr. 281 — Emmendingen, Montag, 2. Dezember 1929 — 64. Jahrgang

Die Befreiungsfeiern im Rheinland

Die Räumung von Koblenz.

WTB. **Koblenz,** 30. Nov. (13 Uhr.) Nach dem Niederholen der französischen Flagge auf dem Ehrenbreitstein marschierten die Truppen nach dem Mosel-Güterbahnhof, wo sie in die bereitstehenden Züge verladen wurde. Um 12.55 Uhr setzte sich der Truppentransport nach Metz in Bewegung. Später folgte eine Autokolonne von 60 Wagen auf dem Wege nach Mainz. Der Abmarsch der französischen Truppen vollzog sich in voller Ruhe. Es waren außer Pressevertretern und Photographen nur wenige Neugierige zugegen.

Die Räumung Aachens.

WTB. **Aachen,** 30. Nov. Heute vormittag kurz nach 11.30 Uhr wurde die belgische Fahne, die seit elf Jahren auf dem Turm des Hauptquartiers wehte, eingeholt. Die Truppen hatten vor dem Gebäude im Caree Paradeaufstellung genommen Nachdem der General die Front abgeschritten hatte, spielte die Kapelle die Brabanconne, bei deren Klängen die Fahne langsam sank In den angrenzenden Straßen hatte sich, eine nach Tausenden zählende Menschenmenge eingefunden, die der Einholung des belgischen Hoheitszeichens mit begreiflicher Spannung folgte.

Bald darauf setzten sich die Truppen in Bewegung. Sie werden mit der Bahn nach Namur befördert. Der Kommandant folgt nach Erledigung der offiziellen Abschiedsbesuche im Kraftwagen Bei der Absperrung trat zum ersten Male die Schutzpolizei in Aktion, die zum Teil bereits in Aachen den Dienst wieder übernommen hat, zum anderen Teil heute abend eintreffen wird. Bald nachdem die belgische Flagge eingeholt worden war, setzte die Bevölkerung an vielen Häusern die deutsche Fahne. Die Freude über die Befreiung kommt damit allgemein und sichtbar zum Ausdruck

Niederholung der französischen Flagge auf dem Ehrenbreitstein.

WTB. **Koblenz,** 30 Nov Die französische Flagge auf dem Ehrenbreitstein ist um 11.15 Uhr feierlich niedergeholt worden. Anwesend waren der Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission, die beiden Oberkommissare und ein französischer General Eine Ehrenkompagnie leistete die Ehrenbezeugungen.

Die zweite Zone umfaßt an wichtigen Städten: Koblenz, Aachen, Stolberg, Eschweiler, Düren, Euskirchen, Geilenkirchen, Heinsberg, Erkelenz, Jülich Monschau und Schleiden.

Was der Abzug der Besatzung für das befreite Gebiet bedeutet, das mögen einige Zahlen für die Stadt Aachen zeigen Die Höchstzahl der Truppenstärke betrug in Aachen etwa 9000 Mann, der Durchschnitt in den letzten Jahren etwa 4000. Die Höchstzahl der beschlagnahmten Räume belief sich auf ungefähr 2750 und über 1000 Privatquartiere. Im ganzen sind der Stadt Aachen 31 Millionen RM. Besatzungskosten entstanden. Durch Verkehrsunfälle, die die Besatzungstruppen verursachten, sind 30 Personen verletzt worden. Eine traurige Bilanz ist auch die Ausweisung von 334 Beamten und Angestellten mit ihren Familien Diese Zahlen zeigen, auch wenn von der Bevölkerung durchaus anerkannt wird, daß das Besatzungsregime sich in den letzten Jahren gebessert hatte, wieviel Grund vorliegt, daß die Einwohnerschaft die Befreiungsstunde mit großer Freude erwartet.

*

Die Befreiungsfeiern am Deutschen Eck in Koblenz und vor dem Rathaus in Aachen.

WTB. **Köln,** 1. Dez. Heute um Mitternacht wurde die Befreiung der zweiten Zone von fremder Besatzung unter überaus großer Teilnahme der Bevölkerung festlich begangen. Am Deutschen Eck in Koblenz und vor dem Rathaus in Aachen gaben die Oberhäupter der beiden genannten Städte der Freude über die Befreiung von fremdem Joch nach elfjähriger Leidenszeit Ausdruck und erneuerten das Gelöbnis der Treue zum deutschen Vaterland. Reichsjustizminister von Guerard sprach in Koblenz die Glückwünsche und den Dank der Reichsregierung für das treue Ausharren der Bevölkerung aus und gedachte des Wegbereiters der deutschen Freiheit, Dr. Gustav Stresemann.

In Aachen sprachen der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth namens der Reichsregierung und der Minister für Volkswohlfahrt Dr. Hirtsiefer für die preußische Staatsregierung

In den Reden der Minister wie der städtischen Vertreter wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß auch dem zurzeit noch unfreien Volksgenossen in der dritten Zone und an der Saar bald die Stunde der Befreiung schlagen möge.

Die überaus eindrucksvoll verlaufenen Feiern wurden übertönt vom Klang der zahlreichen Glocken. Freudenfeuer leuchteten durch das nächtliche Dunkel. In Aachen durchzog ein Fackelzug die Straßen der Stadt und endete auf dem Marktplatz. Auf der Veste Ehrenbreitstein gegenüber Koblenz wurde während der Feier am Deutschen Eck die Fahne der deutschen Republik gehißt.

Schon lange vor Beginn der Feier war das Gebiet um das Kaiser Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck in Koblenz dicht besetzt. Auf riesigen Candelabern wurden eine halbe Stunde vor Mitternacht die Fackeln entzündet. Eine Signalrakete gab das Zeichen zum Beginn des Geläutes der Kirchenglocken, die in den Gemeinden am Ufer des Rheins zur Feier der Befreiung geläutet wurden Entblößten Hauptes gedachte man drei Minuten lang der vergangenen leidvollen Jahre, die Menge sang den Choral „Großer Gott wir loben dich" Den Abschluß der Feier bildete ein Männerchor: „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre".

Ansprache des Oberbürgermeisters von Koblenz bei der Feier am Deutschen Eck.

Der Oberbürgermeister führte bei der Feier am Deutschen Eck aus: Die Feuerprobe haben wir bestanden und leuchtenden Auges treten wir vor unsere Volksgenossen. Aber ein bitterer Wermutstropfen fällt in den vollen Freudenbecher, weil unsere Brüder vom Oberrhein, Mosel und Saar immer noch nicht in die Einheit des deutschen Vaterlandes zurückgekehrt sind. Ihnen senden wir, die wir solange gleiches Leid erduldet, in dieser unserer glücklichen Stunde einen besonders innigen Gruß. Der Oberbürgermeister sprach dann seine Freude über den Besuch des Reichsministers von Guerard und des preußisch. Ministers Dr. Becker aus. Er gab der Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Bevölkerung elf Jahre lang in der Verteidigung deutscher Art ohne Unterschied des Standes und des Alters treu zusammengestanden hat und gedachte in Wehmut der vielen Opfer dieser Zeit. Er schloß mit der Mahnung, die Reihen zu schließen und der Zukunft trotz aller Schicksalsschläge vertrauensvoll ins Auge zu schauen.

Der zweite Tag der Befreiungsfeier in Koblenz.

WTB. **Koblenz,** 1. Dez. Nach der eindrucksvollen Feier am Deutschen Eck wurde der zweite Tag der Befreiungsfeier mit einem Festakt im großen Saal der Stadthalle begangen, bei der Oberbürgermeister Dr. Russell unter lebhaftem Beifall auf den schweren Ruhrkampf und die siegreich abgewandte Separatistenbewegung hinwies, ferner auf das Huldigungstelegramm an den Reichspräsidenten und die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Koblenz an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs.

Kultusminister Dr. Becker sprach für die preußische Regierung und die Reichsregierung, deren Grüße und Glückwünsche er überbrachte. Feiern wie die heutige lehren uns die große Verpflichtung gegen uns selbst, gegen unser Volk. Von innen heraus werde unser Freiheitshaus gebaut werden. — Einen würdigen Abschluß der Feier bildete am Abend eine Festvorstellung im Koblenzer Stadttheater, in der „Wilhelm Tell" aufgeführt wurde.

Kundgebung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz

WTB. **Koblenz,** 30. Nov. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, hat aus Anlaß der Befreiung der zweiten Zone folgende Kundgebung erlassen: Die zweite Besatzungszone ist geräumt. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember werden zwei Millionen Deutsche die Freiheit wieder erlangen. Von Ehrenbreitstein und dem Dienstgebäude des Oberpräsidenten, das mehr als zehn Jahre der Rheinlandkommission als Unterkunft gedient hat, wird wieder die deutsche Flagge wehen. In dieser Stunde gedenken wir zunächst der Brüder und Schwestern, die in der dritten Zone des besetzten Gebietes und an der Saar weiterhin für Volk und Vaterland fremde Macht zu tragen haben. Ihnen gilt unser herzlicher Gruß. Wir fühlen uns mit ihrem Schicksal nach wie vor innig verbunden. Wir hoffen zuversichtlich, daß auch ihnen recht bald die Stunde der Freiheit schlägt. Mit offenen Armen werden wir die Getreuen von der Saar im Vaterhause empfangen. Unser Dank gilt heute der Reichsregierung, deren weitschauende Politik die Grundlage für die vorzeitige Räumung gelegt hat. Dankbar gedenken wir der Fürsorge, die Reich u. Staat unserer Heimat in schwerster Zeit haben zuteil werden lassen. In gläubiger Zuversicht blicken wir auch weiterhin zu ihnen, die auch in Zukunft treue Hüter unserer Belange sein werden. Es wird noch durchgreifender Maßnahmen bedürfen, um die von der Besetzung betroffenen Gebiete entwicklungsfähig zu gestalten. Der Bevölkerung des nunmehr befreiten Gebiets spreche ich aufrichtigen Dank und wärmste Anerkennung aus für die würdige Haltung, die sie in langen Jahren der Besetzung gezeigt haben. Dank der Einsicht aller Beteiligten hat sich auch d. Räumung der zweiten Zone ohne jeden Zwischenfall vollzogen. Unsere Opfer sind nicht vergebens gewesen. Heute sehen wir die dunkelste Strecke des einst endlos scheinenden Weges hinter uns. In dieser großen Schicksalsstunde geloben wir, auch weiterhin treu zur Regierung und Volksvertretung zu stehen, sie in ihrer auf restlose Räumung u. Rückgabe des Saargebietes gerichteten Politik nachdrücklich zu unterstützen. Nur auf freien deutschem Boden können Frieden und Wohlfahrt gedeihen.

Telegrammwechsel aus Anlaß der Befreiung der zweiten Zone.

Aus Anlaß der Befreiung der zweiten Zone des besetzten Gebietes hat ein umfangreicher Telegrammwechsel stattgefunden. So hat der Reichspräsident von Hindenburg an den Oberpräsidenten des Rheinlandes ein Telegramm gerichtet, in dem er seiner Dankbarkeit für die Treue der rheinischen Bevölkerung zum Ausdruck bringt und hofft, daß auch dem übrigen besetzten Gebiet bald die Stunde der Freiheit schlagen möge. — Beim Reichskanzler ging ein Telegramm des Oberbürgermeisters von Aachen ein, in dem dieser die Befreiung der Stadt mitteilt. — Reichskanzler Müller hat an den Oberpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem er im Namen der Reichsregierung die befreiten Volksgenossen begrüßt und damit den Dank verbindet für alles Schwere, das sie getragen haben.

Ministerpräsident Dr. Braun an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz.

WTB. **Berlin,** 30. Nov. Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz das folgende Telegramm gesandt: Der Bevölkerung des nunmehr geräumten rheinischen und Wiesbadener Gebietes spreche ich auch noch persönlich meine herzlichsten Glückwünsche und meinen wärmsten Dank für die in schwerster Zeit dem Vaterlande gehaltene Treue aus. Die Haltung der rheinischen Bevölkerung wird für immer ein Ruhmesblatt des Rheinlandes bleiben. Dr. Braun, Ministerpräsident.

Das „Freiheitsgesetz" im Reichstag abgelehnt

WDZ. Berlin, 30. Nov. Im Reichstag wurde heute das aus dem Volksbegehren hervorgegangene sogen. Freiheitsgesetz in allen seinen Teilen abelehnt, so daß die 3. Lesung überflüssig geworden ist und die Vorlage unmittelbar zur Volksabstimmung am 22. Dezember kommt.

Die zweite Beratung dehnte sich länger aus, als man ursprünglich angenommen hatte. Zunächst sprach die deutschnationale Abgeordnete Frau Lehmann für eine stärkere Aktion in der Kriegsschuldfrage, dann hielt Abg. Frhr. v. Kardorff von der DVP. eine scharf zugespitzte Rede gegen das Volksbegehren. Er meinte, die Sozialdemokraten hätten allen Grund, Hugenberg ein Denkmal zu errichten, denn Hugenberg habe durch seine Politik das Zustandekommen einer bürgerlichen Einheitsfront für die nächste Zeit unmöglich gemacht. Der volksparteiliche Redner kritisierte andererseits auf die Haltung der Regierung in der Agitation gegen das Volksbegehren und ihr Vorgehen gegen Beamte, die sich für das Volksbegehren eingesetzt haben.

Das rief den Reichsinnenminister Severing auf auf den Plan, der die Haltung der Regierung verteidigte und den Standpunkt vertrat, daß ein Beamter unmöglich für eine Vorlage eintreten dürfe, die seine höchsten Vorgesetzten mit Zuchthaus wegen Landesverrats bedrohe. — Nachdem noch zwischen den Abgeordneten Dr. Breitscheid (Soz.), Dr. Ehlermann (DN.) auf der einen Seite, Graf Reventlow (NS.) und Dr. Everling (DN.) auf der anderen Seite ein hitziger Wortstreit ausgefochten war, kam man zur namentlichen Abstimmung über den § 1 der Vorlage, der die Zurückweisung des Kriegsschuldanerkenntnisses im Versailler Vertrag verlangt. Dieser Paragraph wurde mit 318 gegen 82 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen abgelehnt. Bei dem am meisten umstrittenen § 4, der die Unterzeichner des Youngplans mit Zuchthausstrafen wegen Landesverrats bedroht, war die Zahl der Ja-Stimmen wesentlich geringer. § 4 wurde mit 312 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Für ihn können also nur zwei Drittel der deutschnationalen Abgeordneten gestimmt haben. Die namentliche Abstimmung über die Einleitung und Ueberschrift, die in dieser zweiten Lesung praktisch der Schlußabstimmung gleichzusetzen war, ergab die Ablehnung der Vorlage mit 307 gen 78 Stimmen bei 4 Enthaltungen. — Die Anträge der Deutschnationalen und Nationalsozialisten auf Verlegung des Termins für die Volksabstimmung wurden abgelehnt.

Die Montagssitzung soll um 3 Uhr beginnen. Auf ihrer Tagesordnung stehen kleiner Vorlagen. Ein deutschnationaler Antrag, am Montag auch das Verhalten des französischen Oberkommissars Tirard bei der Rheinlandräumung zu besprechen, wurde abgelehnt.

Die Abstimmungen über das Freiheitsgesetz.

Nach den amtlichen Abstimmungslisten des Reichstages haben bei der Abstimmung des § 1 des Freiheitsgesetzes folgende deutschnationale Abgeordnete, die zum größten Teil wegen Krankheit oder anderer Behinderung entschuldigt sind, gefehlt: Bachmann, Dr. Bazille, Dr. Haßlacher, Dr. Klänne, Dr. Philipp, Dr. Reichert, Schmidt-Stettin, Vogt-Württemberg und Wallraf, insgesamt 6 deutschnationale Abgeordnete. — Von den Nationalsozialisten fehlten die Abgg. Dreher, Feder, Sachsen, Strasser und Wagner. — Von der Christlich-nationalen Bauernpartei fehlten die beiden Abgg. Julier und Dr. Wendhausen. Der Stimme enthalten haben sich zwei Deutsch-Hannoveraner, ferner zwei Volksrechtler Dr. Best und Dr. Lobe. — Bei der Abstimmung über § 3 fehlten außerdem noch die beiden deutsch-nationalen Abg. Dr. Everling und Schlange-Schöningen, sowie der Christlich-nationale Bauer Neddenriep. — Bei der Abstimmung über § 4 fehlen über die schon beim Paragraphen eines genannten Abgeordneten hinaus folgende 14 deutschnationale Abgg.: Fromm, Hartwig, Dr. Hoetzsch, Hülser, v. Keudell, Lambach, Dr. Lejeune-Jung, v. Lindeiner-Wildau, Menzel, Mönke, Dr. Rademacher, Schiele, Schlange-Schöningen und Treviranus. Der Abg. Dr. Everlang dagegen war wieder anwesend und

stimmte mit Ja. — Von der Christlich-nationalen Bauernpartei beteiligte sich kein Abg. an der Abstimmung. — Von den Nationalsozialisten fehlte außer den beim § 1 genannten noch der Abg. Böhring. — Die Deutsch-Hannoveraner und die Mitglieder der Volksrechtspartei stimmten gegen den § 4.

Verordnung zur Durchführung des zweiten Volksentscheids.

WTB. **Berlin**, 30. Nov. (Amtlich.) Nachdem der Reichstag in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines „Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" abgelehnt hat, hat der Reichsminister des Innern auf Beschluß der Reichsregierung die Verordnung zur Durchführung des zweiten Volksentscheids erlassen. Gegenstand des Volksentscheides ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Gesetzentwurf nun Gesetz werden soll. Die Abstimmung findet am Sonntag den 22. Dezember statt. Der Stimmzettel ist in gleicher Weise gestaltet wie im Volksentscheid „Fürstenenteignung". Die Frist für die Auslegung der Stimmlisten und Stimmkarteien ist auf die Zeit vom 8. bis 15. Dezember festgesetzt. Da am 8. Dezember in Bayern Kommunalwahlen, in Thüringen Landtagswahlen stattfinden und daher für diese Länder lediglich eine Ergänzung und Berichtigung der für den 8. Dezember aufgestellten Stimmkarteien vorgenommen zu werden braucht, ist für diese Länder auf Vorschlag der bayerischen und der thüringischen Staatsregierung die Auslegungsfrist auf die Zeit vom 12. bis 15. Dezember festgesetzt worden. Die Gemeindebehörden sind ermächtigt worden, mit der Auslegung schon zu einem früheren Termin als den 8. und 12. Dezember zu beginnen. Die Verordnung wird im Reichsanzeiger vom 2. Dezember verkündet. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen ersucht, nunmehr die Ausführungsbestimmungen zur Durchführung des Volksentscheides am 22. Dezember zu erlassen.

Volkswirtschaftlicher Ausschuß des Reichstages.

WDB. **Berlin**, 29. Nov. Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde der Entwurf einer zweiten Verordnung über die Vermahlung von Inlandsweizen behandelt. — Die Verordnung will bestimmen, daß unbeschadet der übrigen bisherigen Vorschriften des Gesetzes über die Vermahlung von Inlandsweizen rückwirkend in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. November 1929 mindestens zu 50 Proz. Inlandsweizen zu vermahlen sind. — Von Regierungsseite wurde hierzu ausgeführt, daß das Gesetz über die Vermahlung von Inlandsweizen vom 4. Juli 1929, welches für die Zeit vom 1. August bis zum 30. November eine 40proz. Vermahlung von Inlandsweizen vorsieht, nach den bisher vorliegenden Berichten nicht in vollem Umfange den erhofften Erfolg gehabt hat. Das günstige Erntewetter und der auf der Landwirtschaft lastende Verkaufsdruck haben zu einem verhältnismäßig starken Angebot von Inlandsweizen geführt, ohne daß diesem Angebot eine entsprechende Nachfrage der Mühlen gegenüberstand. Infolgedessen sanken die Weizenpreise. Um eine vermehrte Nachfrage nach Inlandsweizen zu erreichen, ist es daher erforderlich, für eine gewisse Zeit die Vermahlungsquote für Inlandsweizen von 40 auf 50 Proz. zu erhöhen. Für das gesamte Wirtschaftsjahr soll es dagegen zunächst bei der bisherigen Vermahlungsquote verbleiben. Nach einer sehr ausführlichen Diskussion wurde ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei zur Abstimmung gebracht, der den auf 50 Proz. erhöhten Vermahlungszwang von Inlandsweizen auf die Dauer von drei Monaten ausdehnen soll, und zwar für die Zeit vom 1. Dezember 1929 bis 28. Februar 1930. Der Antrag kann jedoch nur eine Anregung zu einem derartigen Verordnungserlaß geben, er tut dies in der Form, daß er den Reichsernährungsminister um Erlaß einer solchen Verordnung ersucht. — Der Antrag wurde mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen.

Aenderung der Reichsgeschäftsordnung?

Innerhalb des Geschäftsordnungsausschusses des Reichstages sind, wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, Erörterungen im Gange, die eine Aenderung oder eine Interpretation der Geschäftsordnung des Reichstages über einzelne strittige Punkte zum Ziele hat. Dabei handelt es sich im besonderen um die Frage der Abstimmungen der Vertrauens-, Billigungs- oder Mißtrauensvoten. Bei diesen Erörterungen soll geklärt werden, welches Votum den Vorrang in der Abstimmung hat, das Billigungs- oder das Vertrauensvotum. Bei den bisherigen Verhandlungen ist vorgeschlagen worden, daß die Mehrheit darüber beschließen soll, welcher Antrag zuerst zur Abstimmung gelangen soll. Es ist weiter vorgeschlagen worden, denjenigen Antrag zuerst zur Abstimmung zu bringen, der die größte Zahl von Unterschriften aufweist. Schließlich ist noch erörtert worden, die Zahl der Unterschriften für ein Mißtrauensvotum dergestalt zu erhöhen, daß nicht, wie bisher, 15 Abgeordnete ein Mißtrauensvotum einbringen können, sondern daß dafür 50 Unterschriften beigebracht werden müssen.

Die polnische Eisenbahnpolitik in Danzig.

WTB. **Danzig**, 29. Nov. Im Hauptausschuß des Volkstages erstattete der Senat einen Bericht über das Vorgehen Polens auf dem Gebiete der Danziger Eisenbahnen und über die Schritte, die er zur Wahrung der Danziger Interessen beim Kommissar des Völkerbundes zu unternehmen genötigt wurde.

Wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, hat Polen trotz der grundlegenden Entscheidung des Kommissars vom Jahre 1921 über die vorzugsweise Besetzung der Eisenbahnstellen mit Danziger Bürgern die Zeitweilt der Danziger Eisenbahnverwaltung für Pomerellen zerstört. Gegenüber dem Vorgehen Polens hat sich nun der Danziger Senat entschlossen, beim Kommissar des Völkerbundes zu beantragen, daß die selbständige Verwaltungseinheit der Danziger Eisenbahnen wieder hergestellt wird und daß weiter die Entscheidungen des Kommissars über die vorzugsweise Besetzung der Aemter durch Danziger Bürger beachtet werden. In Beantwortung mehrerer Anfragen im Volkstag erklärt der Senat weiter, daß in Polen im Gegensatz zu den vertraglich festgelegten Bestimmungen die deutsche Sprache im Eisenbahnverkehr systematisch zurückgedrängt. Der Senat wisse sich vor allem gegen die polnischen Bestimmungen werden, daß im Mobilmachungsfalle der Betrieb auf den Danziger Privatanschlußgeleisen einzustellen sei.

*

Zum russisch-chinesischen Konflikt

Die chinesisch-russischen Verhandlungen.

WTB. **London**, 30. Nov. „Daily Herald" glaubt zu wissen, daß die Zusammenkunft der sowjetrussischen und chinesischen Delegierten so rasch als möglich in Charbarowsk stattfinden werde. Zweck dieser Zusammenkunft sei die Regelung der technischen Einzelfragen und die Vorbereitung der Verhandlungen über ein Abkommen, durch welches das Abkommen von 1924 über die ostchinesische Eisenbahn ersetzt werden soll.

*

Ein 15 Millionen Dollar-Kredit.

WTB. **Berlin**, 29. Nov. Das Newyorker Bankhaus Dillon, Read u. Co. hat gemeinschaftlich mit Mendelsohn u. Co., Berlin und Amsterdam, der Stadt Berlin, vorbehaltlich der Zustimmung der Beratungsstelle, einen Kredit von 15 Millionen Dollar für ein Jahr angeboten. Der Kredit ist mit 7½ Proz. jährlich verzinslich; dazu tritt eine Bereitstellungsprovision von 1 Proz. Eingeschlossen alle Nebenspesen belaufen sich die Kosten dieser Kreditaufnahme für die Stadt auf 8,6 Proz. Die Stadt hat das Angebot angenommen und unverzüglich Antrag auf Genehmigung durch die Beratungsstelle gestellt. Die endgültigen Vertragsvereinbarungen werden z. Zt. bearbeitet. Die Finanz- und Steuerdeputation hat heute der Annahme zugestimmt. Es ist beabsichtigt, diesen Kredit aus dem Erlös einer für das nächste Jahr in Aussicht genommenen größeren Anleihe abzudecken. Diese Anleihe dient zur Konsolidierung kurzfristiger Schulden, die für produktive Zwecke aufgenommen worden sind.

Wirtschaftskrise im Bankgewerbe.

WTB. **Berlin**, 29. Nov. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wird einem schon im vergangenen Jahre aus Mitgliederkreisen geäußerten Wunsche entsprechend, seinen diesjährigen Geschäftsbericht bereits eine Woche vor der am 12. Dezember stattfindenden Generalversammlung veröffentlichen, um den Mitgliedern eine Grundlage für die Aussprache über alle in dem Bericht behandelten wichtigen Wirtschafts- und Berufsfragen zu geben. Die Ansicht des Verbandes über die gegenwärtige Lage des Bankgewerbes faßt der Bericht in folgenden Sätzen zusammen:

„Von den krisenhaften Störungen, die unser Wirtschaftsprozeß durchzumachen hatte, ist in einzelnen seiner Glieder auch das deutsche Bank- und Bankiergewerbe mitbetroffen worden; als Ganzes und im Großen gesehen hat es seine Gesundheit und Widerstandskraft bewährt. Rechtzeitig getroffene Maßnahmen betriebstechnischer und betriebsorganisatorischer Rationalisierung sowie mitunter eine als übervorsichtig kritisierte Kreditpolitik haben nachträglich ihre Rechtfertigung gefunden und es hat sich gezeigt, daß sich im deutschen Bank- und Privatbankiergewerbe noch immer die Eigenschaften vorhanden und die Kräfte tätig sind, dank denen in den letzten 15 Jahren Gefahren und Erschütterungen weit schwerer Art erfolgreich überstanden wurden."

Aus dem Gerichtssaal.

Festungshaft für kommunistische Zersetzungsarbeit.

WTB. **Leipzig**, 29. Nov. Das Reichsgericht verurteilte den 34 Jahre alten Schriftsteller Walter Schulz-Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung zu einem Jahr sechs Monate Festungshaft und 150 Mark Geldstrafe. Die Geldstrafe und fünf Monate der Freiheitsstrafe gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Schulz war Sekretär der Agitprop-Abteilung bei der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin. Hier unterstand er dem Reichstagsabgeordneten Schneller, der die Zersetzungsarbeit der Partei bei der Schutzpolizei und der Reichswehr leitet. Im Auftrage Schnellers hat Schulz im Mai 1928 die Broschüre „Ein neuer Weltkrieg droht" herstellen und verbreiten lassen. Schulz erklärte in der Verhandlung, daß es sich bei den Reichswehrschriften um legale Tätigkeit im Rahmen des Wahlkampfes gehandelt habe. Die Antikriegsbroschüre, die in 250 000 Exemplaren verteilt wurde, sei im Reich von dem Erekutivvorgaren nirgends beanstandet worden. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß sich Schulz der Tragweite der Broschüren bewußt war, erkannte ihm aber die Ueberzeugungstäterschaft zu. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft hatte drei Jahre Festungshaft beantragt.

Schulzwang zur Verfassungsfeier.

Der der kommunistischen Partei angehörende Elektrotechniker Lehmann in Grunau (Schlesien) hatte seine schulpflichtigen Kinder nicht zur Verfassungsfeier in die Schule geschickt, weil er den Grundpunkt vertrat, daß die Eltern, die mit der jetzigen Staatsform nicht einverstanden sind, auch ihre Kinder nicht zur der Schulverfassungsfeier zu schicken brauchten. Das Hirschberger Amtsgericht verurteilte nach einer Meldung der DAZ aus Hirschberg Lehmann mit der Begründung, daß die Schulfeiern einen Teil des Unterrichts darstellten und daher von allen Kindern besucht werden müßten. Dieser Ansicht ist auch jetzt das Kammergericht beigetreten, indem es Revision Lehmanns gegen das amtsgerichtliche Urteil verworfen hat. Nach Auffassung des Kammergerichts hat zwar jeder Deutsche das Recht, seine Meinung frei zu äußern, aber nur innerhalb der allgemeinen Gesetze. Zu diesen Schranken der Betätigung der freien Meinungsäußerung gehöre auch das Schulgesetz, welches jeder Familienvater beachten müsse.

*

Der Fall Lampel.

Entlastende Aussage im Fall Lampel und Gen.

WTB. **Breslau**, 29. Nov. In der Strafsache gegen Lampel und Gen. hat der Untersuchungsrichter den damaligen Bataillonskommandeur vom Korps Oberland, Hauptmann Ritter von Fensterlin aus München, vernommen. Nach seiner Angabe hatte er keine Veranlassung gehabt, gegen die Angeschuldigten irgendwie dienstlich einzuschreiten, da die ihm damals gegebene Darstellung, an die er sich nicht mehr erinnern könne, das Verhalten der Angeschuldigten gerechtfertigt habe. Er bezeichnet Köhler als einen Menschen, der den Vorgesetzten gegenüber unangenehm unterwürfig, seinen Untergebenen gegenüber aber äußerst roh war. Den Angeschuldigten stellte er das beste Zeugnis aus: einer unverantwortlichen Tat hält er sie nicht für fähig. Die damalige Truppe habe sich nach Beendigung der eigentlichen Kämpfe weiterhin als Kampftruppe betrachtet, da mit einem weiteren Aufstand zu rechnen gewesen sei. Die Ermittlungen in der Richtung, ob Köhler Spionage getrieben habe, werden fortgesetzt.

*

Hauptausschußsitzung des deutschen Industrie- und Handelstages.

WTB. **Berlin**, 29. Nov. Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages trat gestern unter dem Vorsitz seines Präsidenten Haus von Mendelssohn bei zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches zusammen. Der neue Reichswirtschaftsminister, Prof. Dr. Moldenhauer, nahm an der Tagung teil und machte bemerkenswerte Ausführungen über die deutsche Wirtschaftslage und die deutsche Wirtschaftspolitik. Er sagte u. a., daß die Hauptursache für die Aktivität der deutschen Handelsbilanz in der deutschen Handelsvertragspolitik zu suchen sei und daß er größten Nachdruck darauf legen werde, das mit Erfolg begonnene Werk fortzuführen. Zur Zollarifnovelle erklärte der Minister, daß die Reichsregierung der Landwirtschaft durch die Angleichung der Viehzölle an die Fleischzölle und durch den bei uns bisher noch nicht erprobten Versuch gleitender Getreidezölle neben anderen Maßnahmen helfen wolle. Unbedingt notwendig sei die Erleichterung der Kapitalbildung durch einen Abbau der auf der Wirtschaft ruhenden Lasten im Wege einer durchgreifenden großzügigen Finanzreform, die noch in diesem Winter beendet werden müsse. Ihre Aufgabe sei es, zu einem Ausgleich des Reichshaushalts zu kommen unter gleichzeitigem Abbau der drückenden steuerlichen Lasten nicht zuletzt im Interesse der Arbeitnehmer, deren Beschäftigungsmöglichkeiten durch die überhohen öffentlichen Abgaben beeinträchtigt würden. Am Grundgedanken der Sozialpolitik müsse unbedingt festgehalten werden. Eine Uebertreibung erhöhe aber nur die Arbeitslosigkeit und bringe damit auch die Verschlechterung in der Lage der Arbeiterschaft. Der Hauptausschuß gab weiter ihrer tiefen Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die britische Regierung an der entschädigungslosen Beschlagnahme deutschen Eigentums festhalte. Im weiteren Verlauf der Tagung beschäftigte sich die Versammlung mit einem grundsätzlichen Bericht des Präsidenten der Kammer Breslau Dr. Grund über die Notwendigkeit und den Inhalt der Finanzreform.

Die Leitsätze des Deutschen Industrie- und Handelstages für ein Finanz- und Steuer-Programm.

WTB. **Berlin**, 29. Nov. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages sind die Leitsätze für ein Finanz- und Steuerprogramm verabschiedet worden. Einen breiten Raum in den neuen Leitsätzen nimmt die Neuordnung des Steuersystems ein, innerhalb dessen vor allem bei den die Produktion belastenden Steuern ein Ab- und Umbau verlangt wird. Hierzu wird u. a. vorgeschlagen, daß die Aufbringungslast aus der bei Wegfall des Dawesplanes gegenstandslos werdenden Industriebelastung beseitigt wird. Dem Ziele der Produktionsförderung entsprechend solle die Gewerbesteuer in Ländern und Gemeinden völlig aufgehoben oder aber durch zwingende reichsgültige Vorschrift mit sofortiger Wirkung auf einen geringen Bruchteil der gegenwärtigen Höhe gesenkt werden. Weiter wird die Beseitigung des Steuerabzuges vom Kapitalertrag bei festverzinslichen Wertpapieren und Steuerfreiheit der sog. Holding- bezw. Kapitalverwaltungsgesellschaften, deren Aktien zum Handel an der Börse zugelassen sind, verlangt. Neben der Gewerbesteuer seien auch die auf Grund und Boden liegenden Realsteuern zu beseitigen. Die steuerlichen Vorrechte der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand sollen zwecks breiterer Verteilung der Lasten beseitigt werden.

Als zentraler Hauptmangel des geltenden Finanzausgleiches wird die Schwächung der gemeindlichen Selbstverantwortung und der ungenügenden Berücksichtigung des Lastenausgleiches bezeichnet. Was den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden anbelangt, so wird empfohlen, die Verteilung der Einnahmen aus den Ueberweisungssteuern im stärksten Maße auf den Zweck eines Ausgleiches der Aufgaben der Lasten, also weniger nach dem örtlichen Aufkommen, abzustellen. Neben allen diesen Erfordernissen bleibt es nach den Leitsätzen notwendig, die seit langem als erforderlich bezeichnenden sonstigen Aenderungen der Einpommensteuergesetzes zu verwirklichen.

*

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

WTB. **Berlin**, 29. Nov. Der Reichsverband der Deutschen Industrie beruft auf den 12. Dezember eine außerordentliche Mitgliederversammlung nach Berlin ein. Die Versammlung soll vor allem einer freien Aussprache über die vom Präsidium vorgelegte Denkschrift zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dienen.

*

Byrd überfliegt den Südpol.

WTB. **Newyork**, 30. Nov. „Newyork Times", „St. Louis Dispatch" und die mit ihnen verbundenen Zeitungen melden, daß Commander Byrd mit seinen drei Gefährten von einem erfolgreichen Flug über den Südpol wohlbehalten nach seiner Basis in Little America zurückgekehrt ist. Commander Byrd war gestern früh 3,29 Uhr Greenwicher Zeit gestartet. Bis 5,30 Uhr wurden seine drahtlosen Botschaften im Büro der „Newyork Times" aufgenommen. Die Flugdauer betrug insgesamt 18 Stunden, die zurückgelegte Strecke 2500 Km.

Der erste Funkspruch vom Südpol.

WTB. **Newyork**, 30. Nov. „Times" veröffentlicht in großer Aufmachung als erste telegraphische Meldung vom Südpol einen Funkspruch des Commanders Byrd, der von dem Flugzeug Byrds genau über dem Südpol abgesandt wurde. Das Blatt hebt in den Ueberschriften hervor, daß das Flugzeug einen nahezu 4000 Meter hohen Gletscherpaß überfliegen mußte und daß der Südpol eine gewaltige Hochebene darstelle, an deren Rande vereiste Berge zu sehen waren. Der Proviant des Flugzeuges mußte zum Teil abgeworfen werden, damit die nötige Höhe zur Ueberquerung der Hochebene erreicht werden konnte. — Das ganze Land verfolgt den Südpolflug mit größtem Interesse. Präsident Hoover hat Byrd und seinen Begleiter durch Funkspruch seine besten Glückwünsche übermittelt.

*

Arbeiterbewegung.

Ablehnung des Schiedsspruches im mitteldeutsch. Braunkohlenbergwerk.

WTB. **Halle**, 1. Dez. 500 Vertreter des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus haben heute zu den am 30. November in Berlin gefällten Schiedsspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau Stellung genommen. Nach erregter Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der der Schiedsspruch abgelehnt wird, weil er nicht die Forderungen der Belegschaften erfülle. Die von den Gewerkschaften eingeschlagene Taktik wurde von der Konferenz gebilligt. In der Funktionärversammlung ist die Einreichung der Kündigung nicht beschlossen worden. Es dürfte daher zu Nachverhandlungen über die Verbindlichkeit kommen.

*

Vermischte Nachrichten.

Schweres Kohlengasunglück. — Drei Todesopfer

In dem Dorf Nerzen bei Hameln a. Weser wurde der Laden eines Konsumvereins für Hameln und Umgebung umgebaut. Ein Raum sollte schnell durch einen Koksofen ausgetrocknet werden. Die aus diesem Ofen entströmenden Gase drangen in die darüber liegende Wohnung eines Schneidermeisters, der mit seinem vierjährigen Sohn tot im Bett aufgefunden wurde. Die Ehefrau hatte die Besinnung verloren. Sie starb kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Mitbewohner des Hauses trugen leichte Vergiftungen davon.

Eine Falschmünzerwerkstatt in Bochum ausgehoben.

WTB. **Bochum**, 30. Nov. Die Polizei verhaftete mehrere Personen, die sich mit der Herstellung falscher 20 Mark-Reichsbanknoten befaßten und zwar den Marktthändler Josef Sauer aus Herne, den Druckereibesitzer Ferdinand Wallbrühl aus Bochum, in dessen Betrieb die Falsifikate hergestellt wurden und den Bergmann E. Reychling aus Bochum. Durch Mittelspersonen wurden die Falschscheine in den Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in den Verkehr gebracht. Die Polizei nahm in diesem Zusammenhang eine Anzahl Männer und Frauen in Herne, Gelsenkirchen und Gelsenkirchen fest und beschlagnahmte Klischees, Platten und Papier.

Selbstmord nach mißglücktem Raubüberfall.

WTB. **Berlin**, 30. Nov. Ein aufregender Vorfall trug sich heut vormittag in dem Bankkommandit-Geschäft von Ilmar Liebner u. Co. in der Jägerstraße zu. Der Inhaber saß mit einem Kunden bei einer Verhandlung, als plötzlich ein Unbekannter jüngerer Mann hereintrat. Vor dem Gesicht hatte er, wie eine Maske, ein rotes Taschentuch. Er zog die Pistole, schlug auf den Bankier an und rief: „Geld her oder ich schieße!" Der Bankier behielt seine Geistesgegenwart und antwortete kaltblütig: „Schießen Sie ruhig, Geld bekommen Sie doch nicht!" Der Kunde eilte ans Telephon um das Ueberfallkommando herbeizurufen. Inzwischen hatte der Räuber wohl eingesehen, daß er keinen Erfolg haben werde. Mit den Worten: „Wenn ich kein Geld bekomme, dann muß ich mich selbst erschießen!", setzte er die Waffe an die Schläfe und drückte ab. Tödlich getroffen brach er zusammen. Die Polizei fand bei dem Selbstmörder, der den Eindruck eines Ausländers machte, keinerlei Papiere. Er ist etwa 23 Jahre alt und war ärmlich gekleidet.

Zugunfall bei Salzburg.

WTB. **München**, 30. Nov. Die Reichsbahndirektion München teilt mit: Gestern nachmittag gegen 4 Uhr fuhr in der Ladestelle Lehen bei Salzburg ein Arbeitszug, der Material auf die Strecke zu bringen hatte, auf einige Güterwagen auf, wobei zwei Arbeiter erheblich, aber leicht verletzt wurden. Die Schuldfrage wird untersucht.

Zahlungseinstellung des Bankhauses Joh. Babel in Liebau (Schlesien).

WTB. **Liebau**, 30. Nov. Das Bankhaus Joh. Babel in Liebau in Schlesien hat seine Zahlungen eingestellt. Die Einleitung des Konkursverfahrens dürfte bevorstehen. Der Inhaber der Bank ist seit gestern nachmittag verschwunden. Die Zahlungseinstellung ist in der Hauptsache auf die allgemein sehr ungünstige wirtschaftliche Lage in der Grenzstadt Liebau zurückzuführen. Ein genauer Ueberblick über die Lage der Bank läßt sich noch nicht geben.

Raubüberfall auf eine Postagentur.

WTB. **Ratibor**, 30. Nov. Auf der Postagentur in Tworkau (Kreis Ratibor) erschien Freitag vormittag ein Mann und verlangte ein Ferngespräch. Als die Verwalterin der Agentur das Gespräch anmeldete, schlug der Mann auf sie ein, daß sie bewußtlos liegen blieb. Darauf raubte er das für die Rentenempfänger bereitliegende Geld und floh. Es soll sich um eine Summe von etwa 3000 Mark handeln.

Kältewelle in Amerika.

WTB. **Newyork**, 29. Nov. Im Nordwesten des Landes und in mehreren mittelamerikanischen Staaten herrscht strenge Kälte. Frostwetter wird auch aus südlich liegenden Gebieten wie Georgia gemeldet. In den Rocky Mountain und verschiedenen anderen Teilen des Landes ist Schnee gefallen, am stärksten im nordwestlichen und mittleren Teil des Mississippitales. Aus dem Gebiet der großen Seen werden mehrere Todesfälle infolge der Kälte gemeldet.

*

Zum Sklarek-Skandal

Teilung der Sklarek-Untersuchung?

WTB. **Berlin**, 29. Nov. Zur Sklarek-Affäre weiß eine Berliner-Korrespondenz zu melden, es habe sich im Verlaufe der Ermittlungsverfahren gezeigt, daß die ganze Affäre Sklarek sich in einem Prozeß kaum werde durchführen lassen, da die beiden Komplexe, Betrug an der Stadtbank und Bestechung von Beamten, so groß und zum Teil auch innerlich nur so schmach verbunden seien, das ganze Verfahren aus prozessualen Gründen ratsamer erscheine, das ganze Verfahren zu zerlegen. Die Vernehmungen der Personen, die bei dem Bankbetrug eine Rolle spielen, seien jetzt zum großen Teil abgeschlossen, und es sei damit zu rechnen, daß evtl. schon Mitte Dezember die Anklageerhebung gegen die drei Brüder Sklarek und Genossen wäre dann bereits Anfang Januar möglich und es wäre weiter denkbar, daß noch im Februar der erste große Sklarek-Prozeß stattfinden könnte. Dagegen werde es noch geraume Zeit dauern, bis die übrigen Fälle, die sich meist auf aktive und passive Beamtenbestechung, auf Vergehen im Amte usw. beziehen, in der Voruntersuchung klargestellt sein werden. Hier sei kaum damit zu rechnen, daß vor Ende Januar oder Mitte Februar die Untersuchung abgeschlossen werden kann.

Interessantes aus aller Welt.

— **Ein Gefangener enthauptet sich.** Im Zuchthaus Sonnenburg hat ein zu längerer Freiheitsstrafe verurteilter Verbrecher auf furchtbare Weise Selbstmord verübt. Er hat im Arbeitsraum des Buchbinderei seinen Kopf unter die große Papierschneidemaschine gesteckt und sich selbst enthauptet. Es handelt sich bei dem Selbstmörder um einen Mann, der wegen dreier Raubtaten zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und seine Strafe im Jahre 1923 angetreten hatte.

— **Der ausgerissene Tanzbär.** Die Bewohner der schwäbischen Ortschaft Reutersried befinden sich seit einigen Tagen in gelinder Aufregung. Ein Bärenführer hatte abends mit seinem Tanzbären in der Dorfwirtschaft eine Vorstellung gegeben und darauf das Tier an seinen Wagen gebunden. Es gelang Meister Petz, sich vom Nasenring und Halsband zu befreien und in der Nacht zu verschwinden. Die Suche nach ihm war tagelang vergebens, so daß nunmehr eine Abteilung Augsburger Schutzpolizei mit 13 Mann und zwei Offizieren ausrückte und in einem vierstündigen Streifzug durch die Wälder nach ihm suchte. Auch diese Streife verlief ergebnislos.

— **Doppelmord.** In Ludwigshafen wurden in einem Hause der Bergstraße die 40 Jahre alte Frau Götze, die von ihrem Mann getrennt lebt, und ihr zehnjähriges Töchterchen ermordet aufgefunden. Beiden waren die Pulsadern durchschnitten. Der Mörder, der Arbeitslose Seeger hatte nach der Tat die beiden Leichen, die in den Betten lagen, mit Blumen bedeckt und sich dann selbst die Pulsadern geöffnet. Er wurde jedoch noch lebend aufgefunden und nach kurzer Vernehmung ins Krankenhaus geschafft. Seeger unterhielt mit der Frau Götze ein Liebesverhältnis, das in letzter Zeit getrübt war.

— **Mutter mit vier Kindern in den Tod gegangen.** Wie die Oberschlesische Volksstimme meldet, wurde in Nanowitz die 26jährige Frau des Steilenbesitzers Proske mit ihren vier Kindern tot aufgefunden. Es wird angenommen, daß es sich um eine Verzweiflungstat handelt. Der Ehemann befand sich seit Mitte voriger Woche in Niederschlesien auf der Suche nach Arbeit. Die Kinder im Alter von acht Monaten bis 5 Jahren lagen tot im Bett, ohne daß die Todesursache festgestellt werden konnte. Die Mutter hatte sich am Bettpfosten erhängt.

— **Keine Friedensnobelpreise für 1928 und 1929.** Das Nobelpreiskomitee des Storthing hat beschlossen, für 1928 und 1929 keine Friedenspreise zu verteilen. Der Preis für 1928 wird dem Sonderfonds des Komitees überwiesen und der für 1929 bis zum nächsten Jahre zurückgestellt.

— **Die Handgranate als Hammer. Nach einer** Wiener Meldung des Lokalanzeigers bekam ein Hütejunge in St. Paul (Lavantal) von seinem Arbeitgeber den Auftrag, mehrere Nägel einzuschlagen. Da der Junge keinen Hammer fand, sagte der Bauer scherzweise, er könne ja eine der alten auf dem Boden liegenden Handgranaten benutzen. Der 14jährige tat dies. Der Sprengkörper explodierte und riß ihm beide Arme ab.

— **Einsturz zweier Häuser.** In Marseille sind Samstag früh zwei 3stöckige Häuser eingestürzt. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich auf zehn. Unter den Trümmern liegt noch ein Unbekannter begraben. Zehn Personen sind verletzt worden. Unter den Toten befinden sich die beiden Trümmerinnen der beiden Häuser, zwei ältere Damen.

— **An Bord des „Leviathan" verhaftet.** An Bord des Schiffes „Leviathan" verhaftete die Polizei einen gewissen Samuel Friedmann und seine Tochter, die beschuldigt waren, Schmucksachen im Werte von etwa 20 000 Dollar gestohlen zu haben. Die Wertsachen wurden auch in den Kleidern der Genannten eingenäht wieder gefunden.

— **Bergwerksunglück in Wales.** In einem Bergwerk bei Coverton (Grafschaft Glamorgan) wurden infolge einer Explosion sieben Bergleute verschüttet. Sie wurden als Leichen geborgen. Außerdem erlitten zwei Bergleute Brandwunden und mußten in ein Krankenhaus gebracht werden.

— **Explosion auf einem Wrack.** Bei den Arbeiten zur Beseitigung des in der Nähe von Queenstown liegenden Wracks des Dampfers „Celtic" explodierte eine Sauerstoffflasche, wobei drei Personen getötet und sechzehn verletzt wurden.

*

Aus Baden.

WTB. **Heidelberg**, 1. Dez. (Ehrung Dr. Solfs durch die Universität.) Die Universität Heidelberg hat dem ehemaligen Botschafter in Japan, Dr. Wilhelm Solf Titel und Würde eines Doktors der Staatswissenschaften ehrenhalber verliehen. Die feierliche Uebergabe der Promotionsurkunde fand am Samstag nachmittag im staatswissenschaftlichen Institut der Universität Heidelberg statt.

— **Nordrach**, 27. Nov. (Stierkampf.) Der Klausenhofbauer wurde vom wildgewordenen Gemeindestarren an die Wand gedrückt und erlitt erhebliche Kopfverletzungen und Quetschungen. Ein Nachbar, der zu Hilfe eilte, kam mit leichteren Verletzungen davon. Der Stier mußte gefesselt werden.

Rundfunk

Dienstag, 3. Dez.: 15.30: Frauenstunde. — 16.00: Nachmittagskonzert. — 18.00: Aus Freiburg: Dr. Alb. Bantzenmüller: Schule und musikalische Erziehung. — 18.30: Anna Haag: Zu Eckermanns 75. Todestag. — 19.00: Manfred Geisebach: Erlebnisse auf einem deutschen Auswandererschiff. — 19.30: Ständchen und Serenaden. — 20.00: Aus Hamburg: Traumulus. Tragische Komödie in 5 Akten von Arno Holz und Oskar Jerschke. — 22.00: Gesangskonzert.

Zum Schicksal der deutschen Bauern in Rußland.

Die deutsch-russischen Auswanderer in Riga.

WTB. **Riga**, 1. Dez. Der erste deutsch-russische Auswanderungszug traf heute früh auf dem Rigaer Rangierbahnhof ein, wo die Kolonisten durch Vertreter der deutschen Gesandtschaft mit dem Gesandten Dr. Stieve an der Spitze sowie leitende Beamte des lettischen Roten Kreuzes herzlich begrüßt wurden. Wohltätige Organisationen verteilten Liebesgaben. Der Senior der Auswanderer dankte in einer Ansprache für den freundlichen Empfang, worauf alle Kolonisten in tiefer Ergriffenheit einen Choral sangen. Nachdem sie ein Frühstück eingenommen hatten, gingen die Auswanderer in den deutschen Zug über, der um 12,10 Uhr über Litauen nach Deutschland abfuhr.

Die ersten russischen Auswanderer auf deutschem Boden.

WTB. **Eydtkuhnen**, 1. Dez. Kurz nach Mitternacht traf der erste Transport deutschstämmiger Bauern aus Rußland in Eydtkuhnen ein. Er bestand aus 244 Erwachsenen und 157 Kindern. Nach der Desinfizierung wurden die Flüchtlinge in die Schlafsäle geführt. Die Auswanderer besitzen außer der Kleidung, die sie tragen, nur noch Betten und Decken. Einer der Flüchtlinge gab der Freude Ausdruck, auf deutschem Boden angelangt zu sein. Der erste Weitertransport nach Hammerstein via Marienburg verläßt Eydtkuhnen bereits am Montag abend und trifft Dienstag früh in Hammerstein ein.

Kämpfen und Sehnen

Roman von Elsbeth Borchart

(83) (Nachdruck verboten.)

Senta sprach sich zu ihren Freunden nie darüber aus, und diese wagten nicht daran zu rühren. Ihnen war es aufgefallen, daß ihr Schützling nie mehr einen Brief von ihrem Oheim bekam, und sie machten sich ihre Gedanken darüber.

Nach wie vor empfingen sie von einem Berliner Bankier, den Graf Wolfsburg angewiesen hatte, den hohen Pensionspreis für Senta. Geschrieben hatte er seit dem ersten Briefe von der Wolfsburg, der Senta anmeldete, niemals.

Senta war eine verschlossene Natur, und darum konnten sie nicht ergründen, ob der Bruch mit ihrem Oheim ihr Kummer bereitete, oder ob sie gleichgültig darüber hinwegsähe. Sie ging ja völlig auf in ihrer Kunst und schien sich befriedigt zu fühlen.

Nur das Publikum wunderte sich zuweilen, woher die noch so junge Künstlerin die Töne für den tiefsten Seelenschmerz nahm, niemand hätte hinter der klaren Stirn Kämpfe und Qualen vermutet.

In einsamen Stunden, wenn niemand sie bewachtete — selbst die alte Brigitte, ihre Vertraute, hatte keinen Teil daran — preßte sie wohl manchmal die Hände auf das brennende Herz, und schmerzliche Laute drängten sich auf ihre Lippen:

„Keine Heimat mehr."

Wenn nun auch jedes Band, das sie mit der Wolfsburg verband, zerschnitten schien, so hielt eins doch fest: das Freundschaftsband mit Ruth Degenhardt. Die treue Freundin hatte sich durch nichts wankend machen lassen, und ihre Briefe waren ein Labsal für Senta. Sie erfuhr dadurch auch einiges von der Wolfsburg. Die alte Wolfsburgerin lebte noch immer in dem jetzt völlig einsamen Schlosse, sie ließ Senta, deren Briefe zu beantworten sie zu schwach war, durch Ruth grüßen und nahm noch regen Anteil an ihrem Geschick.

Einmal erwähnte Ruth auch beiläufig, daß Graf Wolfsburg noch immer auf Reisen sei und das Majorat von dem Administrator verwaltet werde. Sie wußte ja nichts von dem Bruch zwisch

Aus dem Breisgau und Umgebung.

:: **Emmendingen**, 1. Dez. Vor vollbesetztem Haus veranstaltete der hiesige B.D.A. am ersten Advent einen in allen Teilen wohlgelungenen Gemeindeabend. Um 8 Uhr waren beide Säle des evang. Gemeindehauses so dicht besetzt, daß viele wieder umkehren mußten. Deshalb wird die ganze Programmfolge am Dienstag, den 3. Dezember abends 8 Uhr zum zweiten Mal aufgeführt. Der Sprechchor und die Legende wirkten besonders eindrucksvoll. Es sei darum nochmals freundlichst zu dieser Veranstaltung eingeladen.

:: **Zum Annliese Frank-Abend.** Wir hatten Gelegenheit, der Generalprobe beizuwohnen und waren voll befriedigt. Gymnastik und Tanz ließen nichts, aber wirklich nichts zu wünschen übrig. Wenn uns etwas in Verwunderung setzen konnte, so war es die pädagogische Festigkeit, mit der nach so kurzer Vorübung Fräulein Frank ihre Schülerinnen, lauter Kinder von Emmendingen, in die Kunst der Rhythmik u. der Grazie einreihen konnte. Allen Respekt! Und was Fräulein Frank selbst an höherer Gymnastik und in der edlen Tanzkunst leistet, grenzt an Vollendung. Wir können nur noch einmal den Besuch dieses Abends aufs lebhafteste empfehlen. Die beiden Stunden werden keine verlorenen sein. So viel Freude und Anregung werden sie den Besuchern bringen. „Ernst ist das Leben, heiter das Kind."

— **Israelitische Landessynode.** Die am 17. November neugewählte israelitische Landessynode war zur 15. (ordentl.) Tagung auf Sonntag, den 1. Dezember 1929, nachmittags 4 Uhr, in das Landtagsgebäude in Karlsruhe einberufen. Den Verantwortungsgefühl bildete hauptsächlich der Voranschlag für die nächsten drei Jahre.

— **Ringsheim**, 1. Dez. Bei Rebarbeiten fand ein Landwirt ein menschliches Skelett, neben dem eine Lanze lag.

— **Koppel**, 29. Nov. Gestern stürzte der hiesige Fuhrmann Karl Uhl auf dem Heimwege aus dem hiesigen Gebirgswald vom beladenen Langholzwagen rückwärts herunter und trug sehr schwere Verletzungen am Rückrat davon, so daß seine Einlieferung in die Klinik nach Freiburg nötig wurde.

WTB. **Freiburg**, 30. Nov. (Richtigstellung.) Bei dem Bürkle-Geschädigten, der gestern sich durch einen Kopfschuß das Leben zu nehmen versuchte, handelt es sich nicht um einen Karl Haenßer, sondern um den 58jährigen Maler Eduard Häußler von hier. Das Befinden des Patienten ist zurzeit den Umständen entsprechend ordentlich.

*

Eingesandt.

(Für Mitteilungen an dieser Stelle haftet der Einsender, die Redaktion übernimmt also keine Verantwortung.)

Auf das nachmalige Eingesandt des Musik-Kirchenlichtes haben wir nur richtigzustellen, daß wir jederzeit für unsere gemachte Entgegnung den Wahrheitsbeweis antreten können. Dafür sind jedoch andere Stellen da und nicht anonyme Einsendungen. Wir betrachten den Artikeler entweder als den Tatsachen unwissend und fremd gegenüberstehend oder als einen Lügner, denn es nur darum zu tun ist, die beachtenswerten Fortschritte der Kapelle des Arbeiter-Musikvereins durch Verdrehungen herabzuwürdigen. Und damit Schluß.

Arbeitermusikverein.

*

Im Anschluß an einen Bericht über das Herbstkonzert des Arbeiter-Musikvereins hat sich eine Zeitungspolemik entwickelt, die ihre Ursache in einem Satz des Berichtes hatte, daß die Arbeiter-Musik unter der Lühmann-Kromerschen Epoche bemerkenswerte Fortschritte gemacht habe. Hieraus konstruierte der Verfasser der Eingesandts willkürlich eine Zurücksetzung des früheren Dirigenten der Kapelle, Herrn Engler aus Köndringen. Eine solche Absicht hat dem Berichterstatter natürlich gänzlich fern gelegen, wie auch aus dem folgenden Satz des Berichtes deutlich hervorging. Daß die Kapelle des Arbeitermusikvereins unter der Leitung der Herren Lühmann und Kromer bedeutsame Fortschritte gemacht hat, ist eine Tatsache, von deren Richtigkeit sich auch der Verfasser der Eingesandts hätte überzeugen können, wenn er im Konzert anwesend gewesen wäre. Aber es gibt eben heute, die über ihren beschränkten Verständnishorizont nicht hinausgehen und denen es unmöglich ist, gute Leistungen auch bei anderen objektiv anzuerkennen. Daß der Einsender dies nicht kann und will, hat er durch seine Eingesandts bewiesen. Dem Berichterstatter sind die Verhältnisse bei der Arbeitermusik seit langen Jahren bekannt; er hat die Kapelle unter Herrn Engler und unter der neuen Leitung gehört. Er hat objektiv die Aufwärtsentwicklung unter der jetzigen Direktion anerkannt. Dafür von außenstehenden Personen angegriffen zu werden, ist etwas, was er in seiner langjährigen Praxis noch nicht erlebte. Er glaubt aber auch, daß der Einsender seinem Freunde Engler, zu dessen Ritter er sich aufwirft, mit seiner Arbeit einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat und auf die gedeihliche Zusammenarbeit der Musikvereine der Umgebung haben seine Artikel sicher nicht fördernd gewirkt. Für den Einsender gilt auch in diesem Falle der Spruch: „Hättest Du geschwiegen, es wäre klüger gewesen".

Der Berichterstatter.

Anmerkung der Redaktion: Nachdem beide Seiten genügend zu Wort gekommen sind, schließen wir die Debatte an dieser Stelle. Weitere Ausführungen müßten wir auf den Inseratenteil verweisen.

*

Stadttheater Freiburg i. Br.

Montag den 2 Dezember, 20 Uhr, Ende 22.30 Uhr: **Die andere Seite (Journeys End).** Ein Kriegsdrama in drei Akten von R. C. Sherriff.

Turnen, Spiel und Sport.

Bezirksliga (Gruppe Baden):
Freiburger FC. — Sportclub Freiburg 4:2
Karlsruher FV. — FC. Villingen 2:0

Kreisliga (Oberbaden):
Polizei Freiburg — FC. Weil 3:4
Polizei Waldshut — Sportfreunde Freiburg 3:2
FV. Lahr — Kickers Freiburg 1:1
FV. Emmendingen — FV. Lörrach 1:1
FC. Friedlingen — FC. Waldkirch 6:2

A-Klasse:
Sportverein Emmendingen — FV. Lahr II 4:3

*

Handel und Verkehr.

:: **Herbolzheim**, 29. Nov. Der Schweinemarkt war mit 65 Schweinen befahren. Der Preis bewegte sich zwischen 70—90 Rm. das Paar. Die Nachfrage war groß; es blieb nur ein kleiner Ueberstand.

Freiburger Schweinemarkt vom 30. November. Dem heutigen Schweinemarkt waren zugeführt 675 Stück, davon 535 Ferkel und 140 Läufer. An Preisen wurden erzielt für Ferkel 25—35 RM., für Läufer 40—60 RM. Der Verkehr war mittelmäßig; es blieb ein Ueberstand von etwa 120 Stück.

— **Reichsindexziffer für November.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Monats November auf 153,0 gegenüber 153,5 im Vormonat. Sie ist somit um 0,3 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang ist im wesentlichen durch eine Senkung der Ernährungsausgaben bedingt.

Druck und Verlag der Druck- und Verlagsgesellschaft vorm. Dölter in Emmendingen. — Geschäftsinhaber: Karl Epting und Wilhelm Jundt Erben.
Verantw. Redakteur: Otto Teichmann, Emmendingen

Städtische Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Die **städtische Brückenwage beim Rathaus wird am Dienstag den 3. Dezember ds. Js., — vormittags — einer Nacheichung** unterzogen. 120
Die Wage kann daher während der genannten Zeit nicht benutzt werden.
Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntnis.
Emmendingen, den 29. November 1929.

Bürgermeisteramt.

STATT KARTEN.

Für die uns anläßlich des Todes meines lieben Mannes, unseres treusorgenden Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Herrn Georg Strohm
Fabrikant

erwiesene wohltuende Teilnahme sagen wir innigsten Dank.

Denzlingen, den 1. Dezember 1929.

Karoline Strohm Wtw.
und Tochter Hilda
Familie Berthold Strohm
6418 **Familie Robert Strohm**

Zentral-Theater
EMMENDINGEN
Zwei Spitzenfilme der Weltproduktion
Die Flucht in die spanische Fremdenlegion
Rin-tin-tins Millionenhalsband
6415
Heute 8.15 Uhr letzte Vorstellung

Bitte!

An Freunde und Gönner unserer Kinderschule, der Kleinen beim herannahenden Christfest zu gedenken und uns durch ihre Gaben eine beschedene Christbescherung zu ermöglichen. Die Christfeier wird am 3. Adventssonntag, nachmittags 1/2 3 Uhr in der Kinderschule stattfinden. **Der Frauenverein**

Täglich frische Praliné
eigener Fabrikation

Strickkleidung
mollig und warm, beliebter denn je
elegant und praktisch für Straße, Reise und Sport — unübertroffene Auswahl in künstlerischer, neuartiger Musterung in den richtigen Preisen
Damen-Strickkostüme - Strickjacken
Westen und Pullover mit und ohne Arm
Reißverschluß-Pullover
in sparten Deutschen und Wiener Modellen
Zur Ergänzung und abwechslungsvoller Gestaltung:
flotte Kopfbedeckungen
neue Schals und Tücher
Knaben- und Mädchen-Pullover und -Westen
kleidsam, warm, praktisch
Für die Kleinen: Kleidchen, Rodelanzüge, Froschanzüge, Gamaschenhosen und Strümpfe, Warme Handschuhe und Mützen, hübsche Formen, nette Farbenzusammenstellungen 15446
Herren-Pullover - Lumberjacks - Westen
mit und ohne Arm — Reißverschlüsse
Sportstrümpfe, dazu passend — **Wollhandschuhe**
sportlich, flott und zweckmäßig
Alles was Bleyle bringt!
C. Werner-Blust
Kaiserstraße 79 **Freiburg i. Br.** Dreherstraße 4

Kronen-Lichtspiele
TENINGEN
Heute Montag abends 8.30 Uhr letzte Vorstellung
Das Grabmal einer großen Liebe
nebst dem Lustspiel 6416
Klein, aber oho . . . !
Deulig-Wochenschau

Stoewer-Zweisitzer in bester Verfassung, sehr guter Bergsteiger
Esser - Limousine neuwertig, fehlerfrei, preiswert abzugeben [6357
Automobilhaus Karl Sprich, Freiburg i. B.
Talstraße 11—15 Fernsprecher 2446—2447

„Ich litt an einem sehr häßlichen
Gesichtsausschlag
den ich schon viele Jahre hatte. Verschiedene Mittel, die ich anwandte, verfehlten ihren Zweck. Seitdem ich mich aber morgens und abends mit „Zucker's B-Medizinal-Seife" wasche, ist mein unreiner Teint weg. Nach dem Waschen benutze ich „Zucksoh-Creme". Die Präparate verleihen eine frische, gesunde Haut. M. S. in N." „Zucker's B-Medizinal-Seife" à Stck. 50 Pfg. (15 %ig). Mit 1.— (25 %ig) u. Mk. 1.50 (35 %ig, fettfreie Form). „Zucksoh-Creme" (à 35, 50, 75 und 100 Pfg.) In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.
Hugo Kromer, Drogerie beim Rathaus
W. Reichelt, Drogerie

Seilnacht
5924
verkauft zu **besonders billigen Preisen** Regulateure, Wecker, Küchenuhren, Taschenuhren, Armbanduhren, **Trauringe**
Standuhren M. 60.—, 90.—, 120.—, 150.— usw.
Uhrenhandlung **Seilnacht**, Reparaturwerkstätte
Freiburg i. Br. / 7 Eisenbahnstraße 7
Teilzahlung gestattet Mehrjährige Garantie

Felle aller Art Kauft gerbt färbt
FR. SCHWÖRER
EMMENDINGEN (Lammstr. 2)

Büro-Fräulein
das Handelsschule besucht hat, das Maschine schreibt und Stenographieren kann, gesucht. Vorzustellen
Emmendingen
Marktplatz 14 II.

Ein zur Zucht untauglicher vollständig ausgemästeter
Farren
I. Qualität, zirka 15 Ztr. schwer, zu verkaufen.
Angebote mit Preis per Ztr. lebend oder Schlachtgewicht unter Nr. 6410 an die Gesch. ds. Bl.

Atemnot der Pferde
(sog. Dämpfigkeit) heilbar. Während der Kur wird das Pferd der Arbeit nicht entzogen. Versand d. Apoth. Auskunft frei.
Robert Klemm, Berlin-Schöneberg
Schließfach 53/6.

Schönes 6385
Mutterkalb
von guter Nutzkuh zu verkaufen.
Math. Böcherer, Glasig

Gesucht 5000 M.
gegen gute Sicherheit in Haus- und Grundbesitz.
Schriftl. Angebote unter 6421 an die Gesch. ds. Bl.

Einladung!
Am **Dienstag, den 3. Dez., abends 8 Uhr** findet eine
Wiederholung des Gemeinde-Abends
des B. D. A. im Gemeindehaus statt. 6420

Grund
von einem Neubau, zum Auffüllen geeignet, kann abgeführt werden.
Nähere Auskunft wird erteilt **Hochburgerstr. 16 II. Emmendingen.**

Es ist bald Weihnachten!
Die Mutter muß jetzt schon nach den alten Puppen sehen, damit sie rechtzeitig hergestellt werden.
Große Auswahl in
Puppenköpfen
Puppengestelle und Ersatzteilen
in der Puppenklinik
Ernst Wolf Emmendingen
Friseurgeschäft
Karl Friedrichstraße
Ausgekämmte Haare für Puppenperücken werden jetzt schon angenommen u. angefertigt zu billigst berechneten Preise.

Gutschein
Ich verschleudere zur Einführung
100 Sprechapparate

Diesen Haubensprechapparat, schw. geb., modernes Holzgehäuse, Schneckenwerk für gr. Schallplatten, Gangmetallionführung usw. erhalten Sie als Leser für nur Rmk. 8.60, wenn Sie das Inserat bis zum Samstag, 7. Dezember an mich einsenden.
K. Bolkhandt, Nürnberg 187, Schwabacher-Straße 92.
Garantie: Bei Nichtgefallen Umtausch oder Geld zurück.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
Bezugspreis: monatlich frei Haus Mark 2.—
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Breisgauer Nachrichten

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen
mit den Beilagen: „Ratgeber des Landmannes" und „Breisgauer Sonntagsblatt"
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim Waldkirch und am Kaiserstuhl

Anzeigenpreis:
die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., die Reklamezeile 75 Pfg., bei öfterer Aufnahme Rabatt. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 10.— Mark ohne Postgebühren

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen / Fernsprecher: Emmendingen 303, Freiburg 1392 Geschäftsstelle: Karlsriedrichstraße 11 / Postscheck-Konto Nr. 7382 Amt Karlsruhe

Nr. 282 Emmendingen, Dienstag, 3. Dezember 1929 64. Jahrgang

Aus dem Reichstag

DNB. **Berlin**, 2. Dez. Im Reichstag fanden heute zwei Sitzungen hintereinander statt. Die erste flog auf infolge der Obstruktionsmaßnahme der deutschnationalen Fraktion. Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Auslieferungsgesetzes, zu dem eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen verschiedener Parteien vorliegen. Die Deutschnationalen erklärten durch den Abg. v. Freytagh-Loringhoven, daß sie gegen die Vorlage seien, vor allem, weil darin die Zuständigkeit des Reiches in Auslieferungsangelegenheiten im Gegensatz zu den Wünschen einzelner Länder festgelegt wird. Bei der Abstimmung über die Aenderungsanträge übten die Deutschnationalen Stimmenthaltung. Dadurch wurde zunächst die Annahme eines kommunistischen Antrages ermöglicht, der die Auslieferung erschwert. Die Sozialdemokraten stimmten mit den Kommunisten für die Aenderung und die bürgerlichen Parteien blieben in der Minderheit, weil die Deutschnationalen nicht mitstimmten. Als dann in dem schwach besetzten Hause über einen sozialdemokratischen Abänderungsantrag im Hammelsprung abgestimmt werden mußte, führten die Deutschnationalen durch Fernbleiben von der Abstimmung die Beschlußunfähigkeit und damit den Schluß der Sitzung herbei.

Präsident Löbe berumte auf fünf Minuten später eine neue Sitzung an, in der zunächst eine Novelle zum Genossenschaftsgesetz dem volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen wurde. Mit dieser Novelle soll der Zusammenschluß von Revisionsverbänden und Genossenschaften erleichtert werden. — Reichsarbeitsminister Wissell begründete dann die Vorlage des Berufsbildungsgesetzes, das die bisher verstreuten Bestimmungen über das Lehrlingswesen sammelt und im Rahmengesetz geben soll, innerhalb dessen der beruflichen Selbstverwaltung Spielraum gelassen wird. Das landwirtschaftliche Lehrlingswesen, das in dieser Vorlage nicht behandelt ist, soll in einem Sondergesetz später geregelt werden. — Der Gesetzentwurf würde dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung, die um 3 Uhr beginnt, steht neben verschiedenen kleineren Vorlagen wiederum die zweite Beratung des Auslieferungsgesetzes.

Aeltestenrat des Reichstages.

WTB. **Berlin**, 2. Dez. Im Aeltestenrat des Reichstages einigte man sich am Montag nachmittag darauf, daß die bereits auf der Tagesordnung des Reichstags stehenden Gegenstände am Dienstag weiterberaten und erledigt werden sollen. Am Mittwoch wünscht die Mehrheit die erste Lesung des Republikschutzgesetzes vorzunehmen. Die Deutschnationalen dagegen fordern für Mittwoch die Beratung der polnischen Liquidationsabkommen. Am Donnerstag sollen dann die Richtlinien für den Wohnungsbau beraten werden. Nach viertägiger Pause will der Reichstag erst am Dienstag der nächsten Woche wieder zusammentreten.

WTB. **Berlin**, 2. Dez. **Der Gesetzentwurf „Zum Schutze der Republik und zur Befriedigung des politischen Lebens" ist jetzt dem Reichstage zugegangen. Die Reichsregierung hat die Aenderungen des Reichsrates vollinhaltlich übernommen, sodaß dem Reichstag in keinem Punkte eine Doppelvorlage gemacht worden ist.**

*

Reichsministergesetz

WTB. **Berlin**, 30. Nov. Die Reichsregierung hat in ihrer Sitzung vom 29. November 1929 beschlossen, den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (Reichsministergesetz) in der vom Reichsrat einstimmig verabschiedeten Fassung dem Reichstag zuzuleiten. Der Entwurf will die Rechtsverhältnisse der Reichsminister mit den Grundsätzen des parlamentarischen Systems in Einklang bringen. Er bestimmt deshalb, daß die Reichsminister in Zukunft nicht mehr Reichsbeamte im Sinne des Reichsbeamtengesetzes sind, sondern z. Reiche in einem öffentlich rechtlichen Amtsverhältnis besonderer Art stehen. Neben den laufenden Bezügen der Reichsminister, die den Dienstbezügen angepaßt sind, regelt der Entwurf auch die Versorgung der Reichsminister nach ihrem Scheiden aus dem Amt. Er vertritt hierbei in Uebereinstimmung mit der Auffassung des früheren Reichsministers des Innern, Dr. Preuß, des Schöpfers der Reichsverfassung den Standpunkt, daß es nicht vertretbar ist, den Reichsministern eine lebenslängliche Pension zu gewähren. Den Reichsministern sollen künftig in der Regel für eine gewisse Uebergangszeit ein Uebergangsgeld erhalten, das ihnen die Ergreifung eines neuen Berufs erleichtert. Nur ausnahmsweise soll einem Reichsminister vom Reichspräsidenten auf Vorschlag der Reichsregierung im Anschluß an das Uebergangsgeld eine Ruherente gewährt werden können, wenn er im Dienst eine Gesundheitsschädigung erlitten hat, die seine Gesundheitsfähigkeit einschränkt. Hinterbliebene von Reichsministern oder ehemaligen Reichsministern sollen eine Versorgung lediglich für die Zeit erhalten, für die die betreffenden Reichsminister Uebergangsgeld oder Ruherente erhalten oder erhalten könnten.

Reichsministern, die aus dem Beamtenstande hervorgehen, bleibt ein Anspruch auf Ruhegeld in Höhe des in der letzten Beamtenstellung erreichbaren Höchstsatzes gewährt.

*

Deutsch-schwedisches Handelsabkommen.

WTB. **Berlin**, 2. Dez. Ein neues Handelsabkommen mit Schweden ist unterzeichnet worden. Nach dem neuen Abkommen fällt die Bindung der Getreidezölle völlig fort, ebenso die Bindung des Zolles für Schweine, Schweinefleisch und anderes frisches Fleisch. Der Zoll auf lebendes Rindvieh wird allgemein auf 24.50 Mark erhöht, Schweden jedoch ein Kontingent von 5000 bis 7000 Stück Rindvieh jährlich zum bisherigen Zollsatz von 16 Mark belassen. Sonstige Erleichterungen für die schwedische Landwirtschaft sind vorgesehen. Im übrigen bleiben die Vereinbarungen des Handelsvertrages vom 14. Mai 1926 bestehen. Neue Vereinbarungen über industrielle Zölle sind nicht getroffen worden.

Der Text des Abkommens wird in den nächsten Tagen im Reichsanzeiger mitgeteilt werden. Das Abkommen muß sowohl vom deutschen wie vom schwedischen Reichstag ratifiziert werden. Da der schwedische Reichstag erst im Laufe des Januar nächsten Jahres zusammentritt, ist mit Inkrafttetzung der neuen Zollvereinbarungen nicht vor Februar 1930 zu rechnen.

*

Aus dem Reich.

Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz beim Reichspräsidenten.

WTB. **Berlin**, 2. Dez. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf, Prof. Max Huber, Präsident Huber war von dem Präsidenten des deutschen Roten Kreuzes, Herrn v. Winterfeld, begleitet.

Strafantrag des preußischen Ministerpräsidenten gegen Pressemängrisse.

WTB. **Berlin**, 30. Nov. Nach einer Mitteilung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes hat der preußische Ministerpräsident gegen die „Mittteldeutsche Presse" in Stakfurt und den „Westdeutschen Beobachter" in Köln wegen Beschimpfung seiner Person und zum Teil auch des preußischen Staatsministeriums in der Zeit des Volksbegehrens Strafantrag gestellt. Gleichzeitig hat der Ministerpräsident gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabg. Dr. Goebbels Strafantrag gestellt, nachdem dieser ihn in einer öffentlichen Versammlung der nationalsozialistischen Ortsgruppe Hannover der passiven Bestechung beschuldigt hatte.

Zündwaren-Monopol-Gesetzentwurf

WTB. **Berlin**, 30. Nov. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat am Samstag dem Entwurf eines Zündwaren-Monopol-Gesetzes zugestimmt. Wie mitgeteilt wird, hat er sich dabei trotz entgegenstehender Bedenken nicht nur von den in der Anleihe gelegenen finanziellen Vorteilen für das Reich, sondern auch von der Tatsache leiten lassen, daß auf der einen Seite die Lage der deutschen Zündholzindustrie auch ohne die Verquickung mit der Finanzlage zur Errichtung eines Monopols gedrängt hätte, und daß es sich auf der anderen Seite bei dieser Industrie immerhin nur um einen verhältnismäßig kleinen Bestandteil der deutschen Gesamtwirtschaft handele.

*

Vom Völkerbund

Der Termin der Völkerbundstagung.

WTB. **Paris**, 2. Dez. Die Agence Havas teilt mit, es scheine augenblicklich festzustehen, daß der Völkerbundsrat nicht in London tagen, und daß der Zeitpunkt des Zusammentritts der Seeabrüstungskonferenz nicht abgeändert werden wird. In seiner letzten Mitteilung an den Völkerbund habe der englische Staatssekretär des Aeußern vorgeschlagen, den Beginn der Ratstagung auf den 13. oder auf den 20. Januar festzusetzen. Wenn der 13. Januar gewählt würde, würde Henderson, wie er erkläre, sich nur für 48 Stunden nach Genf begeben können. Falls der 20. Januar in Frage käme, würde die englische Regierung sich durch den Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dalton, vertreten lassen.

*

Sieg der englischen Regierung im Unterhaus.

WTB. **London**, 2. Dez. Im Verlauf der heutigen Unterhausdebatte über das Arbeitslosenversicherungsgesetz brachte der extremistische Arbeiterparteiler Brockway einen Abänderungsantrag ein, wonach die neuen Entschädigungssätze des Gesetzentwurfes ab 1. Februar statt 1. März nächsten Jahres in Kraft treten sollen. Der Arbeitsminister erhob Widerspruch gegen den Abänderungsantrag mit der Begründung, daß dieser weitere Ausgaben in Höhe von 250 000 Pfund Sterling zur Folge haben würde. Wheatley, der im ersten Arbeiterkabinett Gesundheitsminister war, unterstützte den Antrag und betonte, die Arbeiterpartei würde andernfalls ihre Wahlversprechungen gegenüber den Arbeitslosen nicht einhalten. Nach Wheatley traten noch andere Redner des äußersten linken Flügels der Arbeiterpartei für den Abänderungsantrag ein. Schließlich wurde der Antrag mit 222 Stimmen gegen 33 Stimmen abgelehnt. Die Konservativen und die Liberalen enthielten sich der Stimme, um die Zahl der rebellischen Arbeiterparteiler festzustellen.

*

Sonstige Meldungen.

Zeitungsverschmelzung im Elsaß.

WTB. **Straßburg**, 2. Dez. Die autonomistischen Wochen- und Halbwochenschriften „Volkswille" und „Freie Zeitung" melden, daß sie sich nunmehr zu einem einzigen Blatt, der „Elsaß-Lothringischen Zeitung" verschmelzen. Die politischen Leiter der neuen Zeitung werden sein die Abg. Dahlet und Hauß. Chefredakteur bleibt Paul Schall. Die Verschmelzung, die schon längere Zeit zu erwarten war, jedoch erst auf 1. Januar erfolgen sollte, wurde vermutlich durch einen Konflikt der Leiter der Blätter mit dem Erwinia-Verlag beschleunigt.

Deutscher Betriebsleiter in Ungarn verurteilt.

WTB. **Budapest**, 2. Dez. Wie „Pesti Naplo" aus Pecs meldet, wurde der deutsche Staatsangehörige Anton Lipp wegen Beleidigung der ungarischen Nation zu zwei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Außerdem wurde er des Landes verwiesen. Lipp war Betriebsleiter der Agrarrenfabrik Nadlastak und soll gegenüber den Arbeitern oft grobe, die ungarische Nation beleidigende Ausdrücke gebraucht haben. Er hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Gegen die faschistischen Organisationen von Amerika.

WTB. **Paris**, 20. Dez. Dem „Newyork Herald" wird aus Washington gemeldet, daß Staatssekretär Stimson eine Untersuchung über die Tätigkeit der von Ausländern geleiteten amerikanischen Verbände angeordnet hat. Diese Untersuchung beziehe sich vor allem auf d. faschistischen Organisationen. Nach Erklärungen des italienischen Außenministeriums soll es im Auslande 583 faschistische Organisationen geben, davon 210 in den Vereinigten Staaten von Amerika.

*

Zum russisch-chinesischen Konflikt

Der amerikanische Schritt zur Beilegung des russisch-chinesischen Konflikts.

WTB. **Washington**, 2. Dez. Das Staatsdepartement richtete heute an China und Sowjetrußland eine sehr bestimmt gehaltene Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß lt. Artikel 2 des Kelloggpakts die Signatare sich verpflichtet haben, die Lösung aller Streitfragen nur durch friedliche Mittel zu erstreben. Die amerikanische Regierung erwartet, daß die beiden Regierungen von feindlichen Handlungen absehen und sich in naher Zukunft auf friedlichem Wege einigen werden.

*

Zum Schicksal der deutschen Bauern in Rußland.

Abtransport der russischen Flüchtlinge nach Hammerstein.

WTB. **Eydtkuhnen**, 2. Dez. Der erste Transport der deutsch-russischen Flüchtlinge ist am Montag abend von hier nach Hammerstein abgelassen worden.

Ein zweiter Flüchtlingstransport in Eydtkuhnen.

WTB. **Eydtkuhnen**, 3. Dez. Der zweite Transport mit deutsch-russischen Flüchtlingen in Stärke von 360 Personen traf kurz nach Mitternacht in Eydtkuhnen ein. Der Gesundheitszustand der Flüchtlinge ist zufriedenstellend.

*

Aus dem Gerichtssaal.

Schwere Zuchthausstrafen für eine Diebesbande.

Pforzheim, 30. Nov. Vor dem Erweiterten Schöffengericht hatten sich der 22 Jahre alte ledige Schneider Orsi aus Heilbronn, der 21jährige ledige Schreiner Hummel aus Freiburg und der 22 Jahre alte ledige Polsterer Maier wegen einer großen Zahl von Diebstählen (teilweise Bandendiebstahl) zu verantworten. Die drei Angeklagten sind trotz ihrer Jugend bereits erheblich vorbestraft. Sie haben lange Zeit die Ortschaften Pforzheim, Karlsruhe, Rastatt und Bretten durch ihre Diebeszüge heimgesucht und die Beute verpraßt. Der Hauptangeklagte Orsi erhielt unter Einschluß einer vierjährigen Freiheitsstrafe, die ihm vom Schöffengericht Neuenbürg zudiktiert worden war, zehn Jahre Zuchthaus. Gegen Hummel wurde auf eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren, gegen Maier auf eine solche von drei Jahren erkannt. Außerdem verhängte das Gericht mehrjährigen Ehrverlust gegen sämtliche Angeklagte, die auch unter Polizeiaufsicht gestellt werden.

Sechs Monat sicht a bißle viel.

Stuttgart, 30 Nov. Es gibt Richter mit Humor. Das bewies eine Verhandlung vor dem Amtsgericht Stuttgart, die sich gegen einen Jun-